

# „Patient Deutschland ist zu heilen“

Der Wirtschaftsweiser ist gebürtiger Pforzheimer. Restlos überzeugen konnte Peter Bofinger dennoch nicht alle 260 Zuhörer bei seinem Heimspiel im Pforzheimer VolksbankHaus. Allzu optimistisch fiel vielen wohl seine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage aus: „Der Patient Deutschland ist zu heilen.“ Gar nicht passend zum allgemeinen pessimistischen Szenario, das wie Mehltau über dem ganzen Land zu liegen scheint.

Der Arzt-Sohn - seines Zeichens Mitglied im Sachverständigenrat zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage - betätigte sich in seinem Vortrag als liebevoller Therapeut für den kränkenden Patienten Deutschland. Und seine Diagnose fällt durchaus positiv aus: Dessen Konstitution sei robust. Es gelte nur, ihn mit den richtigen Maßnahmen zu kurieren. Dass er selbst nicht Mediziner geworden sei,

**„Die Mini-Jobs sind ein Maxi-Problem geworden.“**

Peter Bofinger

habe den kranken Menschen sicher einiges erspart, scherzte der 50-jährige Volkswirtschaftsprofessor.

„Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister, das zeigt, dass deutsche Produkte nach wie vor ihre Abnehmer finden“, sagte er an die

Adresse von Lothar Späth (siehe PZ-Forum). Der Ex-Ministerpräsident und langjährige Jenoptik-Chef gilt als scharfzüngiger Standort-Kritiker. Bei den Netto-Auslandsinvestitionen liege Deutschland hinter Irland noch vor Tschechien, Finnland und Polen auf einem ausgezeichneten zweiten Platz. Die schwache Binnennachfrage sei das Problem. Dazu komme die massenhafte Flucht aus der Sozialversicherung

**„Nachfrage ist nicht alles, aber ohne Nachfrage ist alle nichts.“**

Peter Bofinger, Universität Würzburg

und die gravierenden Probleme beim Aufbau Ost. Eine Wunderheilung werde es folglich nicht geben.

Lohnkürzungen seien aber die falsche Medizin, sagte Bofinger. Wie aber für mehr Wachstum sorgen? „Weitere Steuerenkungen nehmen dem Staat das Geld, das er für Bildung und Infrastrukturinvestitionen benötigt.“ Die gängigen Therapien hätten versagt, konstatierte der Wirtschaftsweiser. Weder niedrige Löhne noch die Abkehr vom Flächentarifvertrag oder die massive Förderung privater Investitionen und hohe staatliche Subventionen hätten gewirkt.

„Wenn der Staat bei Investitionen spart, schmälert er seine Steuereinnah-



Über die richtige Therapie diskutierten auch Oberbürgermeisterin Christel Augenstein und Volksbank-Chef Rainer Kunadt mit Peter Bofinger (rechts).

Fotos: Ketterl



Optimistische Diagnose: Wirtschaftsweiser Peter Bofinger.

men“, rechnete Bofinger vor. „Im Vergleich zu den USA leben wir nicht über unseren Verhältnissen“, sagte er im Blick auf den Saldo der Leistungsbilanz. Die Amerikaner leben bekanntlich auf Pump, während in Deutschland das Angstsparen Schule macht.

Die Sozialsysteme müssten vom Arbeitslohn abgekoppelt werden, forderte Bofinger. Ein gutes Beispiel sei das CDU-Modell der Gesundheitsprämien. Jeder zahlt den gleichen Beitrag. Die Umverteilung für sozial Schwächere müsse über das Steuersystem und nicht über die Sozialversicherungen erfolgen. Kernproblem Deutschlands sei nicht die Steuerlast, sondern die extrem hohen Sozialabgaben. Da müsse man anpacken.

**„Lohnsenkungen reduzieren den ohnehin zu niedrigen Blutdruck unseres Patienten.“**

Peter Bofinger, Wirtschaftsweiser

Aktionismus sei indes fehl am Platze. Bofinger kritisierte fadenscheinige Problemlösungen, die auf einen Bierdeckel passen, wie etwa die von CDU-Politiker Friedrich Merz vorgeschlagene Steuererklärung.

Immerhin bei den Rentenkassen habe Deutschland seine Hausaufgaben gemacht. Auch wenn die schmerzliche Aussage gilt, dass im Jahr 2030 nur mehr 40 Prozent des Nettoeinkom-

**„Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik bestand immer darin, dass wir vor Spannungen niemals zurückgewichen sind, sondern die Lösung immer im dynamischen Durchbruch nach vorne, in der Expansion gesucht und gefunden haben.“**

Ludwig Erhard, Vater der Sozialen Marktwirtschaft (1897-1977)

mens gezahlt werden. Nur wenn sich die Wirtschaft nachhaltig erholte, seien auch wieder höhere Renten möglich, betonte Bofinger. Immerhin sei der demografische Faktor („Wir werden immer älter und haben weniger Kinder“) endlich einberechnet worden.

Im Gegensatz zur wachstumsorientierten Politik des US-Notenbank-Chefs Alan Greenspan fehle es in Euroland an einer gemeinsamen Finanzpolitik. Die Agenda 2010 sei kein schlüssiges Konzept, sondern ein bunter Gemüsegarten. Acht Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse - so genannte 400-Euro-Jobs - seien ein Scheinerfolg auf dem Arbeitsmarkt. Man werde sich auch durch die Hartz-Reformen bald an fünf Millionen Arbeitslose gewöhnen müssen. Auf eine offene Stelle kommen derzeit 16 Bewerber, im Osten bis zu 33. „Noch nie war es so schwer einen Arbeitsplatz zu finden“, betonte der Wirtschaftswei-

ZURPERSON

**Peter Bofinger**

Professor Peter Bofinger wurde 1954 in Pforzheim geboren. Das Abitur machte er 1973 am Hebel-Gymnasium. Das Studium der Volkswirtschaftslehre absolvierte Bofinger an der Universität des Saarlandes. Seit 1992 ist er Professor für Volkswirtschaftslehre und seit Oktober 2003 Vizepräsident der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Im März 2004 wurde er zum Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Bofinger ist geschieden und hat eine Tochter. Seine Hobbys sind Wandern, Joggen, Skifahren, Garten und Musik.



Wie kaum ein anderer Politiker prägte **Lothar Späth** als CDU-Ministerpräsident Baden-Württemberg. Noch heute wünscht sich mancher die Rückkehr des Cleverle in die aktive Politik. Doch dem Schwaben scheint es in Ostdeutschland gut zu gefallen.

## Politik und Wirtschaft

Späth leitete die Jenoptik AG und wurde schließlich Aufsichtsratsmitglied. Mittlerweile kümmert er sich intensiv ums Geschäft der Großbank Merrill Lynch in London und Frankfurt. Zudem talkt er im Fernsehen.

**Am Freitag, 1. Oktober, um 16 Uhr**

ist Späth im PZ-Forum (Eingang Ecke Post-/Luisenstraße) zum Hit-1-Talk zu Gast. Hit-1-Geschäftsführer Christian Frietsch und PZ-Chefredakteur Thomas Satinsky werden sich bei einer Live-Sendung mit Späth über Politik, Wirtschaft und deutsche Befindlichkeiten unterhalten.

Kostenlose Eintrittskarten erhalten Sie bei der PZ unter der Telefonnummer (0 72 31) 9 33-3 93.

Ihre „Pforzheimer Zeitung“



## Länger arbeiten ist Pflicht

**Finanzminister Stratthaus** fordert mehr Eigeninitiative und mutige Reformen

Von PZ-Redakteur

**Lothar H. Neff**

PFORZHEIM. Finanzminister Gerhard Stratthaus hat gestern abend vor 100 Zuhörern in einem Vortrag bei IHK Nordschwarzwald für längere Arbeitszeiten geworben, um Deutschland wieder nach vorn zu bringen. Die 68-er-Studenten-Revolution habe viele bürgerliche Grundwerte bis ins Mark erschüttert. Die negativen Folgen seien bis heute spürbar.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung müsse man endlich konsequent gegensteuern. „Wir müssen länger arbeiten, am Tag, in der Woche und im Leben“, forderte der CDU-Politiker. Deutschland sei wie ein gefesselter Riese. Man müsse die Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen einfordern.

„Wir können nur so viel mehr Lohn bezahlen, wie wir bei der Produktivität besser sind.“

Zudem machte Stratthaus deutlich, dass die Steuern angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage nicht weiter gesenkt werden könnten. Die Lohnnebenkosten müssten runter und die Sozialsysteme grundlegend reformiert werden.

**„Als Finanzminister sind sie uns lieb und teuer.“**

IHK-Präsident Till Casper zu Gerhard Stratthaus im Blick auf die Steuerbelastung

Der baden-württembergische Finanzminister sprach sich dafür aus, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Das Steuerrecht müsse so einfach und so transparent gestaltet werden. Unternehmen bräuchten mehr Rechtssicherheit und damit Planungssicherheit. Die Gewerbesteuer stünde auf der Reformagenda ganz oben, betonte der Finanz-

minister. „Die Gewerbesteuererinnahmen sind zwar im letzten halben Jahr um rund 20 Prozent deutlich gestiegen, dennoch spricht vieles gegen ihre Beibehaltung.“ Die Gewerbesteuer unterliege konjunkturellen Schwankungen und sei keine verlässliche finanzielle Einnahmequelle für die Kommunen.

IHK-Präsident Till Casper hatte vorgeschlagen, die Umsatzsteuer nur noch dem Endverbraucher zu belasten. Dadurch könne der „Betrugsmentalität mit dem Vorsteuerabzug“ begegnet werden. Grundsätzlich sei die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland zu hoch, beklagte Casper. Was bislang reformiert worden sei, sei eine Mogelpackung. Die regionale Wirtschaft unterstütze das Kirchhof-Modell und wolle mit der Finanzverwaltung vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Weitere Infos im Internet unter: [www.prognos.com/zukunftsatlas](http://www.prognos.com/zukunftsatlas) [www.nordschwarzwald.ihk24.de](http://www.nordschwarzwald.ihk24.de)



Unterstützt Minister Gerhard Stratthaus bei der Forderung nach Steuerreformen und längeren Arbeitszeiten: IHK-Präsident Casper (links).

Foto: Ketterl